

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 39,—.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 20 M.,  
für Versammlungsanzeigen 8 M. pro Zeile.

## Aus dem Haupttarifamt für das Baugewerbe.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe hielt seine erste Tagung in der neuen Tarifvertragsperiode am 5. und 6. Januar in Berlin ab. Seine Zusammensetzung hat gegenüber der aus dem alten Reichstarifvertrage eine Aenderung erfahren insofern, als die beteiligten Verbände je einen Beisitzer bestimmen, die zusammen mit den drei Unparteiischen das Haupttarifamt bilden. Die Beisitzer des Haupttarifamtes sind, wie der neue Reichstarif vorschreibt, „nicht Vertreter der Parteien und an Aufträge nicht gebunden. Sie sind in ihrer sachlichen Stellungnahme nur den Tarifverträgen, dem Gesetz und ihrem Gewissen unterworfen“. Das gilt übrigens für die Arbeitgeber- und Arbeitermitglieder aller Tarifinstanzen. Es treffen sonach in den vorliegenden Streitfällen nicht mehr die Unparteiischen allein die Entscheidung, wie das auf Grund der Bestimmungen des alten Reichstarifvertrages üblich war, sondern diese Aufgabe fällt nunmehr dem Haupttarifamte in seiner Gesamtheit zu.

Als Unparteiische sind in das Haupttarifamt berufen worden die Herren Magistratsrat Dr. Schalhorn, Berlin, der bisher schon im Haupttarifamt mitwirkte, Landrichter Sündfeld, Hamburg, und Landeshauptmann Dr. Caspari, Schneidemühl. Ueber einen vierten Unparteiischen, der als Stellvertreter fungieren, jedoch an allen Tagungen des Haupttarifamtes teilzunehmen hat, sollen sich die Parteien noch verständigen.

Das Haupttarifamt verhandelte zunächst über eine Geschäftsordnung. Von Arbeitgeberseite lag ein Vorschlag für eine neue Geschäftsordnung vor. Die Arbeiterverbände hatten sich mit einigen Abänderungs- beziehungsweise Ergänzungsanträgen zur alten Geschäftsordnung begnügt, die durch den neuen Reichstarifvertrag notwendig geworden. Da nach den tariflichen Bestimmungen sämtliche Tarifinstanzen sich ihre Geschäftsordnung selbst geben und Muster hierfür von den Vertragsparteien zu vereinbaren sind, was bisher nicht geschehen ist, wurde den Parteien aufgegeben, sich zunächst dieser Aufgabe zu unterziehen. Für diese erste Tagung wurden die Verhandlungen unter Zugrundelegung der bisherigen Geschäftsordnung geführt. Zum geschäftsführenden Unparteiischen wurde Magistratsrat Dr. Schalhorn, als Verhandlungsort Berlin bestimmt.

Das Haupttarifamt fand umfangreiche Arbeit vor. Nicht weniger denn 39 Anträge, wichtige und weniger wichtige, harften der Entscheidung. Bei dieser Gelegenheit mag darauf hingewiesen sein, daß das Haupttarifamt nur in wirklich wichtigen und dringlichen Fällen in Anspruch genommen und alle Streitfragen, für deren Erledigung durch die örtlichen Tarifinstanzen nur irgendwie die Möglichkeit gegeben ist, auch dort zum Austrag gebracht werden sollten. Das empfiehlt sich einmal aus dem Grunde, um einer Ueberlastung des Haupttarifamtes vorzubeugen, zum andern aber auch deswegen, weil jede Tagung des Haupttarifamtes ganz erhebliche Unkosten verursacht.

Von den 39 Anträgen hat das Haupttarifamt 17 verhandelt; davon sind 10 entschieden, 1 ist zurückgezogen und 6 sind vertagt worden. Die letzteren werden zusammen mit den unerledigt gebliebenen restlichen 22 in der nächsten Tagung verhandelt, für die als Termin der 23. und 24. Februar vorgesehen sind. Die erledigten Anträge betreffen sämtlich Streitfragen aus dem § 9 des Reichstarifvertrages, der die Ferien behandelt. In Ziffer 1 Abs. 3 genannten Paragraphen ist vorgesehen, daß für Arbeiter, die seit dem 1. April 1921 ununterbrochen bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind und für das Jahr 1921 weder Ferien noch Ferientgelt erhalten haben, für das Jahr 1922 die Ferienberechtigung schon am 15. Mai 1922 eintritt. Dieser Vorschrift entsprechend haben bereits vor dem 1. August entlassene Arbeiter ihren Ferienanspruch bei dem alten Arbeitgeber geltend gemacht. Verschiedene Arbeitgeber haben diesen Anspruch bestritten und die Tarifinstanzen haben ihnen teilweise Recht gegeben. Der Deutsche Bauarbeiterverband (seit 1. Januar dieses Jahres Deutscher Baugewerksbund) hatte deshalb beim

Haupttarifamt beantragt, in dieser Streitfrage eine grundsätzliche Entscheidung zu fällen. Die Arbeitervertreter wiesen vor dem Haupttarifamt auf die Entstehungsgeschichte der hier angezogenen Bestimmungen hin; sie schließe ein eigentlich noch aus dem vorausgegangenen Tarifvertrage herrührendes Recht ein. Die Vertreter der Arbeitgeber machten hingegen geltend, daß diese Bestimmung lediglich infolge eines Verstoßes im Vertrag stehengeblieben und daß sie gefallen sei, nachdem der erste unter dem 12. April fertiggestellte Vertrag die Zustimmung der Parteien nicht gefunden habe. Das Haupttarifamt hat den Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß der Reichstarifvertrag erst am 1. August 1922 in Kraft getreten sei. Die in Frage kommende Bestimmung des § 9 Nr. 1 erscheine bei dem Sinn und der Fassung des § 9, insbesondere gegenüber den Worten „bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind“, nicht hinreichend klar, um daraus auf eine Rückwirkung im Sinne des Antrages schließen zu können. Im übrigen wurde auch auf § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, betreffend Tarifverträge, verwiesen. Durch diese grundsätzliche Entscheidung wurden zwei Anträge ähnlicher Art, gestellt vom Deutschen Bauarbeiterverband Elmshorn und Bezirk Schleswig-Holstein, ebenfalls, und zwar zuungunsten der Arbeiter, erledigt. Die vom Tarifamt nicht gefällte Entscheidung wurde aufgehoben.

Nicht weniger als sechs Anträge bezogen sich auf die Ferien für Lehrlinge; sie wurden zusammen verhandelt und dabei noch einmal das ganze Ferienproblem aufgerollt. Die Arbeitervertreter behaupten, daß die im Reichstarifvertrag vorgeschriebene Ferienbestimmung für alle unter den Tarifvertrag fallenden Arbeiter Gültigkeit habe; mithin auch für die Lehrlinge. Die Vertreter der Arbeitgeber hingegen erklärten, daß für Lehrlinge nur die Entschädigung tariflich geregelt sei, nichts weiter. Das Haupttarifamt hat über diese Streitfrage eingehend beraten, und da sich die Auffassungen der Parteien schroff gegenüberstanden, Beweiserhebung beschlossen durch Vernehmung von Zeugen beider Parteien, die an den Tarifverhandlungen teilgenommen haben. Festzustellen galt nach einem Beschluß des Haupttarifamtes, ob in der Lehrlingsfrage ein Kompromiß geschlossen worden sei dahin, daß im Tarifvertrag nur die Entschädigung geregelt werden und die anderen Vorschriften des Tarifvertrages für Lehrlinge keine Anwendung finden sollten. Die am zweiten Verhandlungstage vorgenommene Beweiserhebung hat im Grunde das bereits am ersten Verhandlungstage festgestellte Ergebnis bestätigt, daß nämlich in diesem Punkte die Parteien vollkommen gegenteiliger Auffassung sind. Falls aber eine ausdrückliche Vereinbarung über diesen Punkt nicht getroffen ist, so entsteht die Frage, ob überhaupt der Reichstarifvertrag zu Recht besteht; denn § 155 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt:

Haben sich die Parteien bei einem Vertrage, den sie als geschlossen ansehen, über einen Punkt, über den eine Vereinbarung getroffen werden sollte, in Wirklichkeit nicht geeinigt, so gilt das Vereinbarte, sofern anzunehmen ist, daß der Vertrag auch ohne eine Bestimmung über diesen Punkt geschlossen sein würde.

Das Haupttarifamt hat eine Entscheidung nicht gefällt, sondern beschlossen, 1. die Herren Behrens (Deutscher Arbeiterbund) und Kaeplow (Bauarbeiterverband) darüber zu vernehmen, welche Vereinbarungen zwischen den Parteien über die Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag getroffen worden sind; 2. den Parteien wird aufgegeben, bis zur nächsten Sitzung des Haupttarifamtes gemeinsam festzustellen, ob ungeachtet dieser Differenz der Reichstarifvertrag als zustande gekommen anzusehen ist oder nicht.

Ein vom Arbeitgeberbezirksverband Halle gestellter Antrag betraf die Gewährung von Ferien bei angeblich tarifwidriger Arbeitsniederlegung. Das Tarifamt Halle hatte eine Arbeitsniederlegung in Herbst als auf einem Mißverständnis beruhend und daher als nicht tarifwidrig bezeichnet. Der Arbeitgeberverband beantragte Aufhebung der Entscheidung mit der Begründung, daß eine tarifwidrige Arbeitsniederlegung vorliege. Das Haupttarifamt hob die Entscheidung des Tarifamtes Halle formell auf und wies die Sache an dieses zurück zur Nachprüfung, ob die Schlichtungs-

instanzen erschöpft waren, und weiter, ob die Arbeiter das Arbeitsverhältnis selbst gelöst haben oder vom Arbeitgeber entlassen worden sind.

Gegen eine Entscheidung des Tarifamtes Bielefeld, wonach vorübergehende Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses, gegen die der Arbeitgeber keinen Einspruch erhoben hat, nicht als Unterbrechung im Sinne des § 9 Ziffer 1 des Tarifvertrages gelten, hatte der Bezirksarbeitgeberverband Minden-Rippe Berufung eingelegt. Die in Frage kommenden Arbeiter hatten einer alten Gepflogenheit gemäß zur Besorgung ihrer eigenen Erntearbeiten die Arbeit bei dem Unternehmer ein bis zwei Tage ruhen lassen, sie aber dann wieder fortgesetzt. Die Berufung wurde vom Haupttarifamt zurückgewiesen, da ein Verstoß gegen den Reichstarifvertrag nicht vorliegt.

Das Tarifamt Mecklenburg hat am Streik in Wisnau beteiligt gewesenen Arbeitern den Ferienanspruch zuerkannt, da nach seiner Auffassung nicht tarifwidrige Streiks das Arbeitsverhältnis nicht unterbrechen. Gegen diese Entscheidung hatte der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes Berufung eingelegt, die er damit begründete, daß nach seiner Ansicht „ein Streik, wenn er auch tariflich ist, immer ein Grund zur Entlassung ist, den jeder Arbeiter selbst zu vertreten hat“. Bei dieser Auffassung wäre in jedem Falle der Arbeiter seines Anspruches auf Ferien verlustig. Das Haupttarifamt wies die Berufung zurück und entschied wie folgt: Weder die Teilnahme des Arbeiters an einem nicht tarifwidrigen Streik, noch die darauf erfolgte Entlassung durch den Arbeitgeber sind im Sinne des § 9 Ziffer 2 des Reichstarifvertrages Gründe, die der Arbeitnehmer zu vertreten hat. Also ist der Reichstarifvertrag durch die Entscheidung des Tarifamtes nicht verletzt. Der Ferienanspruch geht also durch die Teilnahme an einem nicht tarifwidrigen Streik nicht verloren.

Der Ostpreussische Arbeitgeberverband beantragte, zu entscheiden, daß die im August 1922 verhängte Aussperrung, zu der er durch örtliche Streiks gezwungen gewesen sein will, eine Unterbrechung der Wartezeit für Ferien bedeute. Der Antrag wurde während der Verhandlung zurückgezogen.

Eine Berufung des Baugewerbeverbandes Hamburg gegen eine Entscheidung des Tarifamtes Hamburg, die dahin geht, daß der Arbeiter seines Anspruches auf Ferien verlustig geht, wenn er nach Erwerb der Ferienberechtigung seinerseits das Dienstverhältnis durch Kündigung zur Aufhebung bringt, wurde vom Haupttarifamt zurückgewiesen, da nach dem von den Arbeitgebern selbst vorgebrachten Sachverhalt eine Verletzung des § 9 Ziffer 2 des Reichstarifvertrages nicht vorliegt.

Bei einem vom Deutschen Bauarbeiterverband eingereichten Antrag auf Aufhebung einer Entscheidung des Tarifamtes Schleswig, die Bauarbeitern, die vorübergehend Schleswig verlassen hatten und anderweit bei andern Arbeitgebern in Arbeit getreten waren, den Ferienanspruch ab-erkannt hatte, erklärte sich das Haupttarifamt für unzuständig, da sich der Ferienanspruch nicht aus dem Tarifvertrage, sondern aus außertariflichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nachweisen läßt.

Das Tarifamt Bayern hat entschieden, daß in Fällen, in welchen der Arbeiter auf Grund des Tarifvertrages unlaubberechtigt ist, der Urlaub auch zu gewähren ist, wenn der Arbeiter selbst keine Entlassung nimmt. Der Bayerische Baugewerbeverband hält diese Entscheidung für einen Fehlspruch, er hat daher Berufung an das Haupttarifamt eingelegt. Dieses entschied grundsätzlich dahin, daß 1. die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter kein Fall ist, der durch § 9 Ziffer 2 Absatz 2 des Reichstarifvertrages gedeckt wird, der den Arbeitgeber zur Verweigerung der Ferien berechtigt, sofern der Ferienanspruch spätestens bei Kündigung der Papiere geltend gemacht wird; 2. löst der Arbeiter das Arbeitsverhältnis unter Umständen, die den Arbeitgeber berechtigen würden, den Arbeiter aus Gründen zu entlassen, die dieser zu vertreten hat, so ist die Verweigerung der Ferien berechtigt.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Königsberg hatte eine grundsätzliche Entscheidung beantragt dahin, daß 1. die Ferienzeit im Winter wegen langanhaltenden Frostes als Unterbrechung des Ferienanspruchs zu gelten hat und 2., daß in allen denjenigen Fällen bei Eintritt des Winters eine Unterbrechung des Ferienanspruchs besteht, in denen die Arbeiter entlassen sind, das heißt ihre Papiere erhalten haben; 3. daß die Ferienzeit während des Winters, falls sie nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen wird, jedoch nicht auf die Wartezeit von 36 beziehungsweise 40 Wochen angerechnet werden darf. Das Haupttarifamt hat diesen Antrag abgelehnt durch folgende Entscheidung: 1. Ferienzeit im Winter wegen langanhaltenden Frostes hat als Unterbrechung des Ferienanspruchs nicht zu gelten; 2. ist wegen solchen Frostes Entlassung erfolgt, so hat bei Wiedereinstellung des Arbeitnehmers die Zwischenzeit gleichfalls als Ferienzeit im Sinne des § 9 Ziffer 4 des Reichstarifvertrages zu gelten, sofern der Arbeitnehmer in dieser Zeit kein anderes Arbeitsverhältnis eingegangen war.

### Unsere statistischen Feststellungen vom 30. Dezember 1922.

931 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 107 280 nachgewiesen, darunter 12 164 Lehrlinge. Arbeitslos waren 7094 oder 6,61 % und krank 1543 oder 1,44 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt nachstehende Tabelle:

Provinzen und Freistaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	42	3850	532	837	53
Westpreußen	14	1853	221	184	26
Brandenburg	101	10416	1068	642	123
Pommern	58	3204	407	440	52
Posen	3	154	40	22	3
Schlesien	82	10544	1794	849	145
Sachsen	85	8275	1092	286	131
Schleswig-Holstein	41	2668	197	196	52
Hannover	72	4966	365	209	65
Westfalen	29	3893	202	9	33
Hessen-Nassau	23	3232	203	93	57
Rheinland	23	5550	262	16	59
Hohenzollern	1	31	2	4	1
Preußen	574	58186	6385	3823	800
Bayern	79	8087	732	583	134
(Rheinpfalz)	4	266	13	11	7
Sachsen	60	16474	2430	1354	179
Württemberg	22	2701	169	145	103
Baden	16	2931	192	54	53
Hessen	14	1918	159	48	54
Mecklenburg-Schwerin	53	2207	404	259	41
Sachsen-Weimar	12	1403	219	72	19
Mecklenburg-Strelitz	9	380	64	93	10
Oldenburg	10	805	75	48	12
Braunschweig	14	996	106	54	23
Sachsen-Meiningen	13	1005	152	42	11
Altenburg	7	772	126	55	8
Coburg-Gotha	6	717	68	46	8
Anhalt	10	820	155	6	21
Schwarzburg-Sondershausen	4	298	39	9	4
Rudolstadt	6	291	43	7	4
Waldeck	2	61	18	5	—
Reuß ä. L. (Greiz)	2	257	31	12	8
Reuß n. L. (Gera)	5	679	114	25	6
Schaumburg-Lippe	3	135	26	8	2
Lippe-Deimold	3	73	6	4	—
Lübeck	1	526	48	40	9
Bremen	1	1063	42	24	16
Hamburg	1	4329	328	202	16
Deutsches Reich	931	107280	12164	7094	1548

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 25. November hat sich die Arbeitslosenziffer von 2,49 % auf 6,61 % erhöht, die Krankenziffer von 1,52 % auf 1,44 % verringert.

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen (die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern kenntlich gemacht):

- Ostpreußen: Marggrabowa, Mehlsaf.
- Brandenburg: Biesenthal, Briesen, Caminchen, Gerswalde, \*Gennigsdorf, \*Lindow, Neuruppin, \*Reuzelle, Niemeß, Regenthin, Sorau, Wieß, Posen, \*Züllichau.
- Pommern: Fiddichow, Friedrichswalde, \*Rügenwalde.
- Posen: Schneidemühl.
- Schlesien: \*Cofel, Glogau, Groß-Wartenberg, Königshütte, Leobschütz, Münsterberg, Rosenberg, Steinau, Striegau.
- Provinz Sachsen: Bad Sachsa, Beckendorf, Egeln, \*Genthin, \*Gottstedt, \*Götensleben, Kelbra, Müdenberg, \*Schönebeck.
- Schleswig-Holstein: Heide, \*Hörnerkirchen, Meltdorf, Reinbek, Uetersen, Wankendorf, Wedel.
- Hannover: Aurich, Bradhöfe, \*Calefeld, \*Drochtersen, Githorn, Hermannsburg, \*Leer, Mellendorf, Neuhaus a. d. E., \*Osabrück, Salzhäufen, \*Wienerburg.
- Westfalen: \*Bad Deynhausen, \*Reheim.
- Rheinland: \*Remscheid.

- Bayern: Alttötting, \*Weilheim, \*Würzburg.
- Rheinpfalz: Birnmasen.
- Sachsen (Freistaat): Lengenfeld, Löbau, Obernhausen.
- Württemberg: Calw, Crailsheim, Friedrichshafen, Geislingen, Tuttingen.
- Baden: Baden-Baden.
- Sachsen-Weimar: \*Bacha, \*Weimar.
- Braunschweig: Eschershausen, Schöningen.
- Sachsen-Altenburg: Ronneburg.
- Sachsen-Coburg-Gotha: Gerbsleben, Zella-Mehlis.
- Anhalt: \*Cöthen.

Das Ergebnis für den 25. November 1922 stellt sich, nachdem noch 12 Zahlstellen verspätet berichtet haben, wie folgt: In 973 Zahlstellen mit zusammen 109 616 Mitgliedern, darunter 12 480 Lehrlingen, waren 2728 arbeitslos und 1156 krank.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 27. Januar.

### Das Existenzminimum in der zweiten Dezemberhälfte.

Der letzte halbe Monat des Jahres brachte eine Atempause in der schier unaufhaltbaren Preisjagd. In der zweiten Dezemberhälfte waren die Kosten des Existenzminimums nur etwa 5 % höher als in der ersten Dezemberhälfte. Aber sie waren um etwa ein Drittel höher als in der zweiten Novemberhälfte, fast doppelt so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, fast 3mal so hoch wie in der zweiten Oktoberhälfte und reichlich 4mal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte.

Kartoffeln waren 350mal soviel wie vor 9 Jahren, rationiertes Brot 650mal soviel, Zucker 750mal soviel, Milch 850mal soviel, Weizengrieß und Gas 950mal soviel, Bohnen 1100mal soviel, Reis und Margarine 1250mal soviel, Speck und Briketts 1350mal soviel, Roggenmehl und Brot im freien Handel 1550mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Gepaar	Gepaar mit 2 Kindern
Ernährung	3638	6133	8404
Wohnung	193	193	193
Heizung und Beleuchtung	2274	2274	2274
Bekleidung	3583	5972	8361
Sonstiges	3197	4809	6347
2. Dezemberhälfte 1922	12885	19381	25579
1. Dezemberhälfte 1922	12093	18411	24395
2. Novemberhälfte 1922	9490	14622	19303
1. Novemberhälfte 1922	6484	10060	13238
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6136

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinlebenden Mann 672 200 M., für ein kinderloses Ehepaar 1 011 050 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 1 334 350 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Dezemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann auf das 769,3fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 869,1fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern auf das 888,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Dezemberhälfte kaum 1/3 wert.

### Der Protest der Gewerkschaften gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen vor aller Welt den schärfsten Protest. Sie erblicken in dieser Maßnahme einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt und den Ausdruck schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik, die von den organisierten deutschen Arbeitnehmern stets bekämpft worden ist, gleichviel von welcher Seite sie geübt wurde.

Die deutsche Wirtschaft erleidet durch diesen Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat und von der in weiterer Folge die Arbeiter der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden.

Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rückhaltlos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben. Alle Angebote der deutschen Gewerkschaften für den Wiederaufbau konnten nicht zur Ausführung gelangen, weil die französische Regierung diese Veruche bisher verhindert hat. Die deutschen Gewerkschaften sind nach wie vor zu einer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entsprechenden Wiedergutmachung bereit. Sie sehen aber in diesem militärischen Gewaltakt die Verhinderung, wenn nicht gar die dauernde Zerschlagung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Absicht.

Die französisch-belgische Einmarsch-Note verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen. In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt. Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundätze widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unerträglichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenhandels nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Berlin, den 11. Januar 1923.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner Freier Angestelltenverband (FFA-Bund).
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Ersatzbücher.

Wegen der hohen Portofakten für Paketsendungen wurden die Zahlstellenkassierer durch die Bekanntmachung des Zentralvorstandes in Nr. 52 des „Zimmerer“ von 1922, die Einfindung der vollen Mitgliedsbücher betreffend, dringend gebeten, die Bücher nicht in Paketsendungen, sondern nur als „Geschäftspapiere“ einzusenden. Leider wird diese Anregung von einem großen Teil der Zahlstellenkassierer nicht beachtet. Es gehen immerfort Paketsendungen ein, sogar solche mit einem Gewicht unter 5 kg bis herab zu 1/2 kg. Durch die neuen Postgebühren (siehe unten), die vom 15. Januar an Geltung erlangen, wird der Unterschied zwischen den Portofakten der Geschäftspapier- und Paketsendungen noch vergrößert. Hiernach betragen die Portofakten für Geschäftspapier- und Paketsendungen je nach dem Gewicht 50 bis 90 M.; für Paketsendungen 400 bis 3100 M. Außerdem muß der Empfänger für jedes Paket bis 10 kg 50 M. Paketbestellgebühr oder, wenn er es von der Post abholt, 25 M. Postausgabegebühr entrichten. Wir ersuchen daher dringend, die vollen Mitgliedsbücher zum Umtausch auch aus den großen Zahlstellen nur noch als „Geschäftspapiere“ nach hier einzusenden. Sie sind als solche zu kennzeichnen. Diesen Sendungen dürfen allerdings keine Mitteilungen irgendwelcher Art, auch keine Markenbestätigungen oder monatliche Feststellungsarten usw., beigelegt werden, wie das immer wieder geschieht. In allen Fällen, in denen diesen Sendungen derartige Mitteilungen beigelegt sind, muß erhebliches Strafporto gezahlt werden.

### Unsere statistischen Feststellungen

werden auch im ersten Halbjahr 1923 fortgesetzt. Das Material ist im Laufe der Woche an die Zahlstellen versandt. Sollten Zahlstellen es bis zum 20. Januar nicht erhalten haben, so müssen sie es unverzüglich beim Zentralvorstand einfordern. Der nächste Feststellungstermin ist der 27. Januar.

### Die neuen Postgebühren.

Vom 15. Januar an gelten folgende Portofakten:

- Postkarten im Ortsverkehr 10 M., im Fernverkehr 25 M.
- Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 20 M., über 20 bis 100 g 30 M., über 100 bis 250 g 50 M.
- Briefe im Fernverkehr bis 20 g 50 M., über 20 bis 100 g 70 M., über 100 bis 250 g 90 M. (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 M. nach erhoben.)
- Drucksachen bis 25 g 10 M., über 25 bis 50 g 20 M., über 50 bis 100 g 30 M., über 100 bis 250 g 50 M., über 250 bis 500 g 70 M., über 500 g bis 1 kg 90 M.
- Geschäftspapiere bis 250 g 50 M., über 250 bis 500 g 70 M., über 500 g bis 1 kg 90 M. (Nicht freigemachte Drucksachen und Geschäftspapiere werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber 50 M. nach erhoben.)
- Päckchen bis 1 kg 100 M.

Päckete	Nahzone	Fernzone
(neu eingeführte Vorstufe bis 3 kg)	200 M.	400 M.
über 3 bis 5 kg	300 "	600 "
" 5 " 6 "	350 "	700 "
" 6 " 7 "	400 "	800 "
" 7 " 8 "	450 "	900 "
" 8 " 9 "	500 "	1000 "
" 9 " 10 "	550 "	1100 "
" 10 " 11 "	650 "	1300 "
" 11 " 12 "	750 "	1500 "
" 12 " 13 "	850 "	1700 "
" 13 " 14 "	950 "	1900 "
" 14 " 15 "	1050 "	2100 "
" 15 " 16 "	1150 "	2300 "
" 16 " 17 "	1250 "	2500 "
" 17 " 18 "	1350 "	2700 "
" 18 " 19 "	1450 "	2900 "
" 19 " 20 "	1550 "	3100 "

Zeitungsapakete bis 5 kg Nahzone 150 M., Fernzone 300 M. Neu gelangen zur Einführung Bestellgebühren für die in die Wohnungen der Empfänger zu bestellenden Pakete und Paketausgabegebühren für die bei den Postanstalten abzuholenden Pakete zu folgenden Sätzen:

Für jedes Paket bis 10 kg 50 M. Paketbestellgebühr, 25 M. Paketausgabegebühr; für jedes Paket über 10 kg 100 M. Paketbestellgebühr, 50 M. Paketausgabegebühr; für jedes Zeitungsapaket 25 M. Paketbestellgebühr, 15 M. Paketausgabegebühr.

**Postanweisungen bis 1000 M. 30 M., über 1000 bis 5000 M. 40 M., über 5000 bis 10 000 M. 60 M., über 10 000 bis 20 000 M. 100 M., über 20 000 bis 30 000 M. 140 M., über 30 000 bis 40 000 M. 180 M., über 40 000 bis 50 000 M. 220 M.** (Weißbetrag ist von 20 000 auf 50 000 M. erhöht.)

**Einschreibgebühr 40 M.**  
**Silberstellung** bei Vorauszahlung für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 60 M., nach dem Landbestellbezirk 175 M.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk bis 10 kg 125 M., über 10 kg 175 M.; nach dem Landbestellbezirk bis 10 kg 250 M., über 10 kg 300 M.

Bei eingezahlte **Zahlfarten** bis 1000 M. einschließlich 15 M., über 1000 bis 5000 M. einschließlich 20 M., über 5000 bis 10 000 M. einschließlich 30 M., über 10 000 bis 20 000 M. einschließlich 50 M., über 20 000 bis 30 000 M. einschließlich 70 M., über 30 000 bis 40 000 M. einschließlich 90 M., über 40 000 bis 50 000 M. einschließlich 110 M., für jede weiteren 10 000 M. mehr 20 M.

**Telegrammgebühren.** Für Ferntelegramme: Grundgebühr 80 M. und außerdem für jedes Wort 40 M.; für Orts-telegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M. Für Zustellung bei ungenügender Anschrift 100 M. (Vom 1. Februar an.)

Die **Zahlstellenfunktionäre** werden um genaueste Beachtung der neuen Sätze ersucht, damit **Estrafporto** vermieden wird.

Der **Berichtsvorstand.**

**Raffengeschäftliches.**

**Quittung.**

Für den Kampf der **Metallarbeiter** gingen noch nachträglich ein: Aus Vorna 500 M., Tailfingen 70, Traunstein 270.

Für diverse der **Hauptkasse** in Rechnung gestellte Ausgaben gingen folgende Belege ein: Aus Niesleben 1912 M., Altenburg 200, Anklam 663, Annaburg 1764, Bad Lausitz 1092, Bad Orb 1678, Bamberg 20 256, Barmen 18 933, Barth 4796, Bayreuth 14 229, Berlin 20 430, Bernburg i. Anh. 100, Bonn 2682, Braunschweig 120, Bremen 111 540, Brieg 4210,40, Briesen 4056, Brück 3080, Bunsau 1120, Chemnitz 7191, Creuzburg 456, Cüstrin 1188, Dahleu 480, Delmenhorst 19 224, Dresden 10 772, Duisburg 66 802,40, Düren 10 479, Eisenach 2511,80, Eibing 1353, Eijen 1224, Falkenstein 1866, Frankfurt a. M. 3860, Frankfurt a. d. O. 10 286,60, Friedberg a. D. 364, Gardelegen 360, Gera 1568, Gerdauen 4968,60, Glogau 4953, Gollnow 7968, Golßen 8, Greifswald 700, Greiz 109 323,60, Grimma 1074, Großbreitenbach 16 642,40, Guben 3448, Halle 4878, Hannover 1584, Harzfeld 3316, Haynau 384, Hirschberg i. Schlef. 120, Kamenz 118, Kiel 400, Koblenz 11 233,10, Köln 30 482, Kulmbach 2160, Landsberg a. d. W. 2750, Lehnin 660, Leipzig 11 363, Leisnig 168, Löhbach 193,20, Lörrach 2546, Lübben-Steinfirchen 2184, Lützenwalde 120, Magdeburg 320, Merseburg 435, Müllitz 1388,60, Mittweida 7208,40, Mohrungen 6209,60, München 7509, Mustau 1044, Naugard 135, Neudamm 120, Neuruppin 2616, Neuritt 10, Orla 637, Neustettin 23 083, Neuzelle 15 356, Nordenburg 3002, Nordenham 5880, Orlau i. Schlef. 130, Rafewalk 704, Rastau 1790, Reisterwitz 396, Reizig 2611, Rillfalten 8103, Rößned 3841,40, Rostock 1538, Rastenburg 19 175,10, Rehf. Hof 414, Renscheid 26 826, Rensberg 830,50, Reppen 1248, Ronneburg 681, Sagan 1080, Salzuflen 516,50, Senftenberg 4418, Speyer 18 810, Svinemünde 36 986, Schippenbeil 6985,20, Scheußlich 917, Starnberg 437, Staßfurt 17 176, Stettin 200, Torgelow 3570, Tribsee 709, Welbert 3100, Worsfelde 2083,20, Waldenburg i. Schlef. 105 799,60, Witten a. d. Ruhr 120, Wolde 374,30, Würzburg 4032, Wurzen 1762, Zeitz 240, Zellin 726, Ziebingen 3024, Züllichau 6350.

An **Quittungen** über **Erwerbslosenunterstützungen** gingen folgende Beträge ein (die Beträge für **Krankenunterstützung** sind mit einem \* bezeichnet): Aus **Machen** \*376,60 M., **Alen i. Württ.** \*360, **Altenburg** 50,40, \*152,80, **Angerburg** 142,80, **Annaberg-Buchholz** \*16,80, **Ansbach** \*151,20, **Arnstadt** \*142,80, **Ariern** 228,20, \*88,20, **Aischersleben** 72,80, **Augsburg** 44,80, \*351,40, **Bad Mibling** \*291,20, **Bad Harzburg** 343, \*88,20, **Bad Kösen** \*43,20, **Bad Schönfließ** \*106, **Bamberg** 201,60, \*436,80, **Baun 163, Berchtesgaden** 262, **Berlin** 2066,40, \*3408,80, **Berlinchen** 134,40, \*60, **Bernburg** \*220, **Bielefeld** \*279, **Bleede** 50,40, \*100,80, **Bleicherode** \*75,60, **Boizenburg** \*196, **Bockfain** 50,40, \*271,60, **Bonn** \*86,80, **Brandenburg** \*214,20, **Braunschweig** 231, \*445,20, **Bredstedt** \*172,80, **Bremen** 235,20, \*1212,40, **Breslau** 239,40, \*791,40, **Brunsbüttel** 100,80, **Büchberg** \*149,80, **Bunzlau** 159,60, \*89,60, **Burau-Nauscha** \*38,40, **Burg a. F.** 72, **Burg bei Magdeburg** \*400,40, **Cammer** 168, **Canth** \*126, **Carolath** \*132, **Cassel** 495,60, \*1302, **Celle** 35, \*243,60, **Chemnitz** 25,20, \*984,60, **Coburg** 50,40, \*71,40, **Crimmitschau** 147, \*46,20, **Cüstrin** 310,80, **Cuzhoben** \*565,60, **Daber** \*54,60, **Delmenhorst** 58,80, \*200,20, **Dejau** \*120,40, **Deutsch-Krone** \*184,80, **Deutsch-Lissa** \*201,60, **Döbeln** 126, **Dortmund** \*565,60, **Dresden** 194,60, \*1703,60, **Düsseldorf** 25,20, \*701,40, **Öbingen** \*151,20, **Eisenach** \*514,80, **Eibing** \*28, **Erding** \*100,80, **Erfurt** 103,60, \*350, **Essen** \*590,60, **Falkenstein** 83,60, **Flensburg** \*54,60, **Forst i. d. L.** \*22,40, **Frankfurt a. M.** \*1702,40, **Freiberg i. S.** \*309,80, **Frieda** \*63, **Friedland i. W.** \*72, **Friedrichshafen** \*159,60, **Fürstentwalde** 100,80, **Gleiwitz** \*126, **Garz a. N.** 117,60, \*67,20, **Gera** 100,80, \*209,60, **Glauz** \*50,40, **Glauchau** 19,20, \*240,80, **Goldberg i. Schlf.** 168, **Gommern** \*78,40, **Göppingen** \*205,20, **Görlitz** 56, \*263,20, **Gotha** 64,40, \*155,40, **Göttingen** \*168, **Greifswald** 25,20, \*25,20, **Greiz** \*67,20, **Grebesmühlen** 50,40, \*84, **Groißsch-Pegau** 56, \*156,60, **Güstrow** 451,60, \*100,80, **Hantensbüttel** \*67,20, **Halle 84**, \*634,20, **Hamburg** 1542,80, \*3374, **Hammerstein** 436,80, \*12,60, **Hannover** \*1507,10, **Heilbronn** \*159,60, **Helmstedt** \*537,60, **Hirschberg i. Schlf.** 63, \*100,80, **Hof** \*214,80, **Hohenmölsen** \*30,80, **Holzhausen** \*350, **Horneburg** \*25,20, **Fauer** 50,40, **Jena** \*134,40, **Jeznitz** \*112,80, **Jßenburg** \*83,20, **Jmmenstadt** \*112, **Justerburg** 100,80, \*57,60, **Jßebow** \*106,80, **Jüterbog** 58,80, **Köln** 84, \*134,40, **Kahla** \*117,60, **Kamenz** 823,80, \*103,60, **Karlshöhe** \*319,20, **Kehl** \*123,20, **Kempten** \*75,60, **Kegin** 25,20, \*12, **Kiel** 946,40, \*652,40, **Kirchhain i. d. N.-L.** \*154,80, **Königsberg i. Pr.** \*364, **Königswusterhausen** \*100,80, **Köslin** 50,40, \*126, **Koheneau** 315, **Köln** \*1018,80, **Landau** \*29,10, **Launburg i. Pomm.** 56,

\*25,20, **Leipzig** 1509,20, \*2787,40, **Liebertwerda** \*78, **Liegnitz** 611,60, \*366,80, **Lindau** \*414,40, **Lindenberg i. Mglau** 109,20, \*21, **Löbau** 38,40, \*187,60, **Lößnitz** 324, \*115,20, **Lollar** \*139,40, **Lübben-Steinfirchen** 95,20, **Lübeck** 126, \*393,40, **Lützenwalde** \*56, **Ludwigslust** 163, **Lüneburg** 24, \*166,80, **Lützenburg** \*33,60, **Magdeburg** 632,80, \*531, **Mainz-Wiesbaden** \*551,40, **Marburg** \*12,60, **Meerane** 294, \*117,60, **Merseburg** 53,20, \*288,40, **Meuselwitz** 86,80, \*81,20, **Militzsch** 201,60, \*302,40, **Minden i. W.** \*327,60, **Mühlhausen i. Th.** 67,20, \*190,40, **München** \*1394,40, **Nauen** \*142,80, **Naumburg** \*67,20, **Neiße** \*142,80, **Neudamm** 215,60, **Neumünster** \*61,60, **Neuruppin** \*63, **Neuwied** 63, \*60,20, **Neuzelle** \*75,60, **Nikolaiten** 288, **Norden** 142,80, **Roffen** 168, **Rürnberg** 84, \*497,60, **Ober-Niederneufirch** \*218,40, **Obernigt** 174,40, \*9,60, **Ositz** \*134,40, **Osternburg** \*411,60, **Oslau** \*38,40, **Osternburg** \*100,80, **Oranienburg** \*75,60, **Oschersleben** 39,20, \*226,80, **Parchim** 33,60, **Paschau** \*186,20, **Penzlin** \*25,20, **Pinneberg** \*29,40, **Pöckner** \*54,60, **Potsdam** 189, \*172,20, **Quedlinburg** 100,80, **Querfurt** \*33,60, **Regenwalde** \*48, **Reichenbach i. Schlf.** 176,40, **Reichenbach i. W.** \*100,80, **Reichensachsen** \*67,20, **Renscheid** \*25,20, **Rheine** \*75,60, **Riesa** 84, \*414,40, **Rimbach** \*14,40, **Rochlitz** \*75,60, **Roda** 54, \*100,80, **Ronneburg** 118,80, \*81,60, **Rosenberg i. Westpr.** \*64,80, **Rosenheim** 100,80, \*187,20, **Rosslau** \*134,40, **Rötha** \*133, **Rudolstadt** \*246,40, **Sagan** 67,20, **Selb** 64,80, **Senftenberg** 43,20, \*386,40, **Spreenberg** \*43,20, **Sülze** \*14,40, **Schweibitz** 164, **Schleußlich** \*170,80, **Schleiz** \*25,20, **Schleswig** 247,80, **Schmölln** 176,40, **Schönberg** \*100,80, **Schwarzenberg** \*56, **Schwerin** 301, \*100,80, **Stargard i. P.** 245, **Starnberg** 28,80, \*33,60, **Stavenhagen** \*22,40, **Stendal** \*302,40, **Stettin** 354,20, \*473,20, **Stolz** 210, \*1031,80, **Straubing** 411,60, \*16,80, **Stuttgart** \*1079,40, **Tambach** 252, **Tangermünde** \*192,70, **Templin** \*33,60, **Tribsee** 16,80, **Tübingen** 75,60, \*56, **Uelzen** \*313,60, **Velbert** \*33,60, **Velten** \*67,20, **Waldenburg i. Schlf.** \*940,20, **Wallendorf** \*50,40, **Waltershausen** \*201,60, **Weimar** \*138,60, **Weißenfels** \*90, **Werdau** 33,60, \*345, **Westerland** 704,20, **Weklar** \*151,20, **Wiesdorf** \*12,60, **Wilslehshagen** 128,80, \*246,40, **Wilfler** 42, **Wipfen an der Luhe** 50,40, **Wittenberg** \*60, **Woldegt** \*78,40, **Worms** \*306,40, **Würzburg** \*182,40, **Wusterhausen** 70, **Zehdenitz** 86,40, **Zeitz** \*452,20, **Zelle-Mehlis** \*64,80, **Zerbst** \*106,40, **Ziebingen** 321,60, **Zittau** \*50,40, **Zwenkau** \*25,60.

**Arbeitslosenunterstützungen** wurden im Monat November nach den im Dezember eingegangenen Quittungen ausgezahlt für 4942 Tage = 22 938,40 M.  
**Krankenunterstützungen** wurden in derselben Zeit ausgezahlt für 12 722 Tage = 56 363,60 M.

Die bezogenen **Protokolle** von dem 22. **Berbandstag** sind von mehreren Zahlstellen noch nicht beglichen. Da es sich der hohen Postkosten wegen nicht lohnt, in jedem Einzelfalle zu mahnen, möchten wir auf diesem Wege dringend ersuchen, die betreffenden Beträge umgehend einzusenden. Gleichzeitig weisen wir aber nochmals darauf hin, indem wir uns auf die Bekanntmachung im „Zimmerer“ Nr. 43 berufen, daß die gebundenen Exemplare 300 M. und die broschierten 180 M. kosten; die auf den derzeitigen beigefügten Rechnungen vermerkten Preise sind nicht gültig. Zahlstellen, die zu wenig einsandten, werden hiermit ersucht, den restlichen Betrag umgehend zu senden.  
**Adolf Römer, Kassierer.**

**Ausere Lohnbewegungen.**

**Ausgesperrt** sind die **Zimmerer** in **Memel**. **Gestreikt** wird in **Bleede** und **Norden**.

**Aussperrung in Memel.** Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geschieht durch Verhandlungen mit der Industrie für alle Arbeiterkategorien. Bei den letzten Verhandlungen wurden 45 % gefordert. Verhandlungen führten nicht zum Ziele. Es wurde ein **Schiedspruch** gefällt; er brachte eine **Lohnhöhung** von 40 %. Die Unternehmer haben den **Schiedspruch** abgelehnt. Infolge von **Einsperrungen**, die den Zweck hatten, den **Schiedspruch** zur **Durchführung** zu bringen, haben jetzt die **Unternehmer** **ausgesperrt**.

**Streik in Norden.** Seit mehreren Monaten wurde hier der gleiche Lohn wie in **Emden** gezahlt. Ohne vorherige **Ankündigung** wurde der Lohn von 381 auf 320 M. **reduziert**. Seit 3. Januar wird zur **Abwehr** **gestreikt**.

**Vereinbarungen für die Provinz Hannover.** Am 4. Januar haben Verhandlungen vor dem **Bezirkslohnamt** das Ergebnis gezeitigt, daß die **Spitzenlöhne** vom 3. bis 6. Januar, je nach **Wochenschluß**, auf 430 M. und vom 18. bis 19. Januar auf 450 M. **festgesetzt** wurden. Die im **Bezirksvertrag** vorgesehenen **Lohngruppen** treten in **Wirksamkeit**. In **Lohngruppe C** wird 2 %, in **D 4 %**, in **E 7 %** und in **F 12 %** weniger gezahlt als in **Gruppe A**. Für die **Lohngruppe B**, die die Orte **Lüneburg, Wipfen, Salzhäufen** umfaßt und die in **wirtschaftlicher** Beziehung von **Hamburg** beeinflusst werden, ist ein **Lohn** noch nicht **festgesetzt**. Die **Löhne** betragen somit für die **zweite Hälfte** des Monats **Januar** in **Klasse A** 450, **C** 441, **D** 432 und **E** 419 M. die **Stunde**.

**Lohnfestsetzung für den Freistaat Braunschweig.** Am 5. Januar sind die **Spitzenlöhne** vom 4. Januar an auf 430 M. und vom 17. Januar an auf 450 M. **festgesetzt** worden. Die **Spannung** zwischen den einzelnen 5 **Lohnklassen** wurde von 1,50 M. auf 3 M. die **Stunde** **erhöht**.

**Vorläufige Regelung der Löhne in Rheinland-Westfalen.** Die im **Anfange** des Monats **Dezember** **festgesetzten** Löhne waren **unzureichend**. Alle **Bemühungen**, für die **zweite Hälfte** des Monats **weitere Lohnsteigerungen** zu erhalten, verliefen **ergebnislos**. Die **Unternehmer** lehnten jede **Erhöhung** ab. Vor dem **Bezirkslohnamt** war auch **nichts** zu erzielen und die **staatlichen Schlichtungsstellen** versagten **ebenfalls**. Am 5. Januar haben **neue Verhandlungen** vor dem **Bezirkslohnamt** stattgefunden; sie sind mit **folgendem Einigungsprotokoll** **beendet** worden:  
 „Die **Löhne** der **Bauarbeiter** im **Vertragsgebiet** werden **gegenüber** dem **Dezember** 1922 für die **Zeit** vom 2. Januar

bis 15. Januar 1923 um 25 % **erhöht**. Die **Lohnsteigerung** ist bis **Freitag**, den 12. Januar 1923 zur **Auszahlung** zu bringen. Bei der **Errechnung** der **einzelnen Sätze** ist der **Stundenlohn** **unter 50 S** nach unten und über 50 S nach oben auf **volle Mark** abzurunden. Die **Regelung** der **Löhne** für die **zweite Januarhälfte** bleibt **unabhängig** der **Bestimmung** in § 5 **Ziffer 4 Absatz 1** des **Reichstarifvertrages** **weiteren Verhandlungen** **vorbekannt**.“

Die **nächsten Verhandlungen** finden am 13. Januar **statt**; die **Löhne** bewegen sich **zwischen** 401 bis 426 M.

**Lohnvereinbarungen für das Unterwesergebiet**  
 Am 2. Januar haben **Verhandlungen** stattgefunden. Es wurde **vereinbart**, daß dem **Wochenschluß** **entsprechend** der **Lohn** vom 4. **respektive** 5. **Januar** an um 15 %, und vom 18. **respektive** 19. **Januar** an um **weitere** 5 % zu **erhöhen** ist. Der **Lohn** würde sich **sodann** **zwischen** 386 und 474 M. die **Stunde** **bewegen**.

**Lohnvereinbarung für die Provinz Brandenburg.**  
 Am 9. Januar wurden durch **bezirksliche Verhandlungen** folgende **Vereinbarungen** abgeschlossen: Vom 5. **Januar** werden in den **Lohnklassen** folgende **Stundenlöhne** gezahlt: 375, 340, 315, 300 und 285 M.; für die **Zeit** vom 19. bis 31. **Januar** steigen sie auf 400, 370, 340, 325 und 310 M.

**Schiedspruch für Berlin.** Am 4. Januar wurde durch das **Bezirkslohnamt** ein **Schiedspruch** gefällt, der eine **Lohnsteigerung** von 370 auf 444 M. die **Stunde** **vorseht**.

**Entscheidungen des Bezirkslohnamtes für Pommern.**  
 Am 2. Januar wurde durch das **Bezirkslohnamt** entschieden, daß für die **Zeit** vom 1. bis 15. **Januar** die **Löhne** in **folgender Höhe** zu zahlen sind: In **Groß-Stettin** 410 M. und in der **Provinz** **entsprechend** den **Lohnklassen** 350, 325 und 305 M. die **Stunde**.

**Lohnregelung für Ostpreußen.** Am 3. Januar tagte das **Bezirkslohnamt**; es entschied, daß vom 1. **Januar** an eine **Lohnsteigerung** von 30 % zu **erfolgen** habe. Wenn am 15. **Januar** die **Indeziffern** der **Stadt Königsberg** um 10 % **überstiegen** seien, dann müßten **weitere Lohnausgleichsverhandlungen** **stattfinden**. Diesen **Schiedspruch** **lehnten** die **Unternehmer** ab. In **freier Verhandlung** ist dann **vereinbart** worden, daß vom 1. **Januar** an der **Lohn** für **Königsberg** 441 M. und für die **Provinz** 388 M. die **Stunde** **beträgt**. Vom 16. **Januar** an **erhöhen** sich diese **Löhne** auf 450 und 396 M.

**Schiedspruch für die Provinz Schlesien.** In seiner **Sitzung** am 10. **Januar** hat das **Bezirkslohnamt** **beschlossen**, die **Stundenlöhne** für die **Zeit** vom 2. bis 15. **Januar** um 17 % und für die **weiteren Tage** im **Monat** **Januar** um **weitere** 10 % zu **erhöhen**. Der **Höchstlohn** ist **somit** für die **letzte Hälfte** im **Monat** **Januar** 421 M., der **niedrigste Lohn** 372 M. die **Stunde**.

**Schiedspruch für Mecklenburg.** Durch **Vereinbarung** ist erreicht worden, daß **künftig** nur noch 2 **Lohnklassen** in **Frage** kommen. Zur **ersten Lohnklasse** gehören die **Orte** **Boizenburg, Drunshaupten, Fürstenberg, Güstrow, Neubrandenburg, Neu- und Altirehth, Parchim, Rostock, Warnemünde, Schönberg, Schwerin, Waren und Wismar**. **Alle** **andern Orte** sind in die **zweite Lohnklasse** **eingereiht** worden. Das **Bezirkslohnamt** hat nun am 10. **Januar** **entschieden**, daß für die **Zeit** vom 12. **Januar** bis 25. **Januar** in der **ersten Lohnklasse** 420 M. und in der **zweiten** 412 M. zu **zahlen** sind. **Vom** 26. **Januar** **ab** werden 4 M. **pro Stunde** **gewährt**. Vom 26. **Januar** bis 2. **Februar** sind **Stundenlöhne** von 430 und 451 M. und außerdem 5 M. **Gesichtsgeld** **vorgegeben**. Die **Parteien** haben sich bis zum 15. **Januar** zu **entscheiden**.

**Schiedspruch für Thüringen.** Am 4. **Januar** **fiel** das **Bezirkslohnamt** **folgenden Schiedspruch**: Der **Spitzenlohn** wird vom **Beginn** der **Lohnwoche**, die in die **Zeit** vom 2. bis 6. **Januar** **fällt**, auf 410 M., vom **Beginn** der **Lohnwoche**, die in die **Zeit** vom 15. bis 20. **Januar** **fällt**, auf 440 M. **festgesetzt**. Die **Verechnung** der **Löhne** erfolgt nach den **Bestimmungen** des **Bezirksstarifvertrages**. Für den **Fall**, daß die für den 31. **Dezember** **vorigen Jahres** **ermittelte Indeziffer** von 72 476 im **Monat** **Januar** um **mehr** als 20 % **steigt**, wird den **Parteien** **empfohlen**, **unverzüglich** in **neue Verhandlungen** **einzutreten**.

Der **Stundenlohn** würde sich **nach** dem **Schiedspruch** im **Monat** **Januar** in den **einzelnen Lohnklassen** wie **folgt** **stellen**:

	Klasse 1	Klasse 2	Klasse 3	Klasse 4
<b>Erste Hälfte</b> ...	410,— M.	399,75 M.	389,50 M.	377,90 M.
<b>Zweite Hälfte</b> ..	440,—	429,—	418,—	404,80

**Schiedspruch für das Ostländer Gebiet.** Am 4. **Januar** **entschied** das **Bezirkslohnamt** in **Gera**, daß auf die **Löhne** eine **Zulage** von 41,7 % für die **Zeit** vom 1. bis 17. **Januar** zu **zahlen** ist. Die **Stundenlöhne** **betrugen** demzufolge 358,40 M. bis 397 M.

**Schiedspruch für Hessen und Hessen-Nassau.** Am 10. **Januar** hat das **Bezirkslohnamt** **entschieden**, daß für die **Zeit** vom 4. bis 17. **Januar** der **Spitzenlohn** auf 500 M. und vom 18. bis 31. **Januar** auf 610 M. die **Stunde** **festzusetzen** sei. Die **Parteien** haben sich bis zum 15. **Januar** zu **erklären**.

**Schiedspruch für Unterhaden, Vorderpfalz.** (Gebiet der **Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen**.) Durch **Entscheidung** des **Bezirkslohnamtes** ist vom 1. **Januar** an ein **Spitzenlohn** von 560 M. die **Stunde** **festgesetzt** worden. **Außerdem** wurde den **Parteien** **empfohlen**, zur **Regelung** der **Löhne** für die **zweite Hälfte** des **Monats** **Januar** in der **Zeit** vom 16. bis 21. **Januar** **erneut** **zusammzutreten**.

**Schiedspruch für Württemberg.** Am 5. **Januar** **entschied** das **Bezirkslohnamt**, daß die **Löhne** vom 3. **respektive** 4. bis 24. **Januar** den **Lohnklassen** **entsprechend** auf 425, 415, 398 und 375 M. die **Stunde** zu **erhöhen** sind. Die **Versteckzulage** für **Groß-Stuttgart** **beträgt** 8 M. die **Stunde**.

Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt, weil der Lohn nicht für den ganzen Monat Januar festgelegt wurde. Auf dem Wege der direkten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund konnte nunmehr eine Einigung auf folgender Grundlage herbeigeführt werden: Der Stundenlohn beträgt vom 3. beziehungsweise 4. Januar in

Ortsklasse I	II	III	IV
425 M.	415 M.	398 M.	375 M.

Verkehrszone 8 M. für Stuttgart.

Vom 17. beziehungsweise 18. Januar in

Ortsklasse I	II	III	IV
450 M.	440 M.	428 M.	400 M.

Verkehrszone 10 M. für Stuttgart (einschließlich Feuerbach und Sulfenhausen).

Diese Vereinbarung gilt bis zum 30. beziehungsweise 31. Januar. Beide Parteien haben sich mit diesem Ergebnis einverstanden erklärt.

**Schiedsspruch für Bayern.** Auf Antrag der am Tarifvertrag für das bayerische Baugewerbe beteiligten Arbeiterverbände fanden am 9. und 10. Januar Verhandlungen vor dem provisorischen Bezirkslohnamt statt. Dieses fällt folgenden einstimmigen Schiedsspruch: 1. Mit Wirkung vom 9. Januar 1923 an werden die Stundenlöhne der Facharbeiter wie folgt festgesetzt: Ortsklasse I 430 M., Ortsklasse Ia 417 M., Ortsklasse II 404 M., Ortsklasse III 383 M., Ortsklasse IV 353 M., Ortsklasse V 323 M. Mit Wirkung vom 24. Januar 1923 erhöhen sich die Stundenlöhne der Facharbeiter in Ortsklasse I auf 470 M., Ortsklasse Ia auf 456 M., Ortsklasse II auf 442 M., Ortsklasse III auf 418 M., Ortsklasse IV auf 385 M., Ortsklasse V auf 353 M. 2. Die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien errechnen sich nach den vertraglichen Bestimmungen. 3. Die zurzeit gültige Auswandsentschädigung für Heberlandarbeiten wird mit Wirkung vom 9. Januar 1923 an um 25 % erhöht. 4. Pfennigbeträge werden unter 50 ¢ nach unten, von 50 ¢ bis 1 M. auf volle Mark ab beziehungsweise aufgerundet. 5. Die Anträge auf Ortsklassenänderungen werden den Parteien zur weiteren Behandlung zurückgegeben. 6. Dieser Schiedsspruch gilt für alle am 9. beziehungsweise 24. Januar in den Betrieben beschäftigten Arbeiter. 7. Die sozialen Zulagen der am Waldschneidwerk beschäftigten Arbeiter sind nicht Bestandteil des Tarifvertrages und unterliegen nicht der Entscheidung des Bezirkslohnamtes. 8. Die Frist gemäß § 5 Ziffer 4 des Reichstarifvertrages beginnt mit dem 8. Januar 1923.

**„Streng vertraulich.“** Der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, der in Hannover seinen Sitz hat und von dem Vorsitzenden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Herrn G. Behrens, geleitet wird, hat kürzlich seinen Ortsverbänden ein Rundschreiben zugehen lassen. Darin sind zunächst einige Mitteilungen über die Stellungnahme des Bundes zu dem Abschluss eines Reichstarifvertrages für Poliere enthalten, aus denen hervorgeht, daß der Bund es ablehnt, die Arbeiterorganisationen als Kontrahenten an einem Poliervertrag zuzulassen, und worin er ersucht, ihn von Bestrebungen auf gewalttätige Durchsetzung eines gemeinsamen Tarifvertrages seitens der Poliere und Bauarbeiter sofort in Kenntnis zu setzen. Weiter enthält das Rundschreiben Angaben über die Gesamtergebnisse der Feuerungsstatistik im Reich im dritten Vierteljahr 1922, besonders soweit dem Bezirksverband zugehörige Orte in Betracht kommen.

„Man kann im allgemeinen — so lautet das Rundschreiben wörtlich — über Statistiken geistlicher Meinung und auch darüber im Zweifel sein, ob die Zahl an sich in m e r für den betreffenden Ort genau zutrifft; doch ist dieser Statistik insofern besondere Bedeutung beizumessen, als die Berechnung auf Grund der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Bestimmungen in allen Gemeindegebieten nach genau einheitlichem System erfolgt. Hieraus ergibt sich die interessante Tatsache, daß die Großstadt Hannover bereits an vierter Stelle steht, wie überhaupt die im Lohne höchsten Städte unseres Bezirkes — außer Lüneburg — nach der Statistik nicht den Grad der Feuerung erreichen wie die mittleren und zum Teil kleineren Städte.“

Wir haben schon seit längerer Zeit auf Grund der auch von uns angestellten Ermittlungen den Standpunkt vertreten müssen, wenn wir ihn auch selbstverständlich den Arbeitern gegenüber nie zum Ausdruck gebracht haben, daß sich die dauernde immense Werteverminderung aller Bedarfsartikel — nicht nur der Lebensmittel — auf Stadt und Land in gleicher Weise auswirkt und wird durch die Reichsstatistik unsere Auffassung allerdings für die kleineren Gemeinden in für sie noch weit ungünstigerer Form bestätigt. Wir bitten namentlich unsere ländlichen Vereine, die uns stets den Vortritt machen, daß ihre Interessen bei den Lohnfestsetzungen nicht in genügender Weise gewahrt werden, diese statistische Zusammenstellung auch auf ihr Gebiet sinngemäß in Anwendung beziehungsweise in ihren Mitgliederversammlungen zur Kenntnis zu bringen, damit auch die Mitglieder zu der Überzeugung gelangen, daß gegen derart amtlich nachgewiesenen Tatsachen noch mehr anzukämpfen, als es stets bisher geschehen ist, auch für uns eine Unmöglichkeit darstellt.

Im Zusammenhang hiermit möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Indexzahl für das ganze Reich im Monat November gegen Oktober um 102,2 % gestiegen ist. Unsere Lohnfestsetzungen für den Monat Dezember haben diese prozentuale Steigerung nicht annähernd erreicht. Falls die Indexziffer voll ausgeglichen wäre, hätte eine Verdoppelung der Löhne erfolgen müssen. Diese Mitteilungen bitten wir im eigensten Interesse streng vertraulich zu behandeln.“

Wir haben von dieser streng vertraulichen Mitteilung gern Kenntnis genommen, es auch im Interesse der Unternehmer für geboten erachtet, sie weiteren Kreisen zugänglich zu machen, zumal sie an der Versandstelle des Rundschreibens doch mehr Ernsthaftigkeit verraten, als man nach den Erfahrungen in der Praxis allgemein anzunehmen bereit ist. Herr Behrens wird uns diese kleine Indiskretion nicht übelnehmen. Vielleicht trägt sie dazu bei, die widerspenstigen Unternehmer zu zähmen.

**Sterbetafel.**

**Dresden.** Folgende Kameraden sind gestorben: Am 1. Dezember Kurt Jilgen, Dresden-Bühlau, 25 Jahre alt, an Gehirnschlag; am 8. Dezember Otto Rasche Lausa, 53 Jahre alt, an Herzschlag; am 19. Dezember Franz Lempe, Neu-Simpich, 62 Jahre alt, an Lungentuberkulose; am 24. Dezember Bruno Grimmer, Briesnitz, 62 Jahre alt, an Lungentzündung.  
**Neustadt a. d. Orla.** Am 8. Dezember starb infolge bei einem Brandunglück erlittenen Verletzungen unser Kamerad Walter Prügler.

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Am 9. Januar ereignete sich auf dem Neubau der Nationalregistrierkassen-Gesellschaft, Neustädlin, Werrastraße (Firma Mathbath & Co.), ein folgenschwerer Unfall. Beim Ausschalen der Dachstapfen fiel ein Stück Holz 10/10x350 herunter und verletzte unsern Kameraden Paul Ludwig, Neustädlin, Saalestraße 14, so schwer am Kopfe, daß er an den Folgen noch am selben Tage verstarb. — Bei einem Wiedereinsturz an einem Neubau in Da h l e m wurden 2 Arbeiter schwer, einer leichter verletzt. — Durch Einsturz einer Mauer bei einem Schuppenbau in Kiel, Molkestraße, erlitt ein Arbeiter einen Beinbruch, zwei andere wurden weniger schwer verletzt. Beim Einsturz eines Holzgerüsts in der Bismarckstraße wurde ein Monteur in die Tiefe gerissen.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Das Landesberufsamt Berlin hat seine Geschäftsräume von Oranienburger Straße 54 nach Landsberger Straße 43/47, 3. Stock, verlegt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die Berichte aus den Zahlstellen mußten diesmal sämtlich zurückgestellt werden. Wir bitten die Schriftführer, bei Abfassung der Berichte, auch der Jahresberichte, auf den verminderten Umfang unseres Blattes und die dadurch herbeigeführte Raumbeschränkung gebührend Rücksicht zu nehmen.

**Bekanntmachungen**

der **Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (Ersatz- und Zuschusskasse in Hamburg.)

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St. Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. Dezember 1922 bis 6. Januar 1923 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Altenburg 5000 M., Alt-Elfenide 20 000, Arensdorf 1351,50, Armitadt 1000, Aumühle 370, Bad Nauheim 1494,50, Barmen 2000, Bartenstein 12 000, Beed 2814, Bergedorf 2000, Berlin I 20 000, Berlin II 30 000, Berlin IV 20 000, Berlin V 60 000, Berlin VI 40 000, Berlin VII 60 000, Berlin VIII 35 000, Birkenwerder 5000, Bischofsheim 2479,30, Bochum 8000, Bornstedt 10 000, Braunschweig 15 000, Bremen 10 000, Breslau 9000, Brombach 8800, Bruck 2000, Cannstatt 2000, Cassel 5000, Charlottenburg 30 000, Coblenz 10 000, Cobitz 3900, Cöpenick 25 000, Crumbach 3000, Danzig 10 000, Dedebach 1137, Dessau 3551,50, Deutsch-Biffa 6000, Doberan 10 000, Dödenhuben 5000, Dortmund 5300, Dresden I 8000, Düsseldorf 4000, Elstra 2135,50, Enkheim 3605,50, Erfter 6000, Essen 8000, Eutin 2000, Flensburg 9000, Frankfurt a. M. 10 000, Fürstenwalde 10 000, Görtlich 1700, Gotha 8000, Groß-Flottbeck 2400, Groß-Neudorf 10 000, Groß-Dittersleben 800, Großschadowitz I 6500, Großschadowitz II 2000, Hamburg I 4000, Hamburg II 7000, Hamburg IV 5000, Hamburg V 3000, Hamm in Westfalen 6000, Heidelberg 2000, Hermannsburg 900, Hildesheim 3000, Kirchberg 15 000, Godesheim 1500, Hohenleina 600, Kais 1829,80, Karlsruhe 7000, Königsberg 5000, Langendiebach 4000, Leipzig 10 000, Liegnitz 1200,60, Lößnitz 3000, Magdeburg 6000, Wahldorf 5000, Wain 16 000, Mariendorf 5000, Meissen 5000, Merseburg 4505, Meiseritz 2947,27, Mültitz 5083, Mülln 850, Mühlhausen i. Thür. 1700, München 60 000, Naumburg 3500, Neustädlin 75 021, Nienburg i. S. 10 000, Nossen 5000, Nowawes 14 000, Nürnberg 8000, Orlau 1700, Pantow 15 000, Pforzheim 6000, Pinneberg 7000, Potsdam 7000, Pritz 1000, Reichshall 1330,75, Rodheim v. d. G. 2099,25, Roßdorf 8000, Saarbrücken 30 000, Sachwitz 3500, Schöneberg 13 000, Schwabach 3000, Schwarlau 800, Schwerin 914,50, Semb 10 000, Stargard 5050, Sieglitz 20 000, Steinkef 10 000, Stettin 18 000, Straßund 4000, Straubing 1710,50, Stuttgart 24 000, Teltow 12 000, Teterow 1731,50, Willingen 674,30, Wallendorf 2954, Wedel 2188,05, Weipensee 10 000, Wernigerode 7000, Wiesbaden 8000, Wilhelmshafen 2500, Wilmersdorf 10 000, Wilsdruff 1000, Wittenburg 13 000, Würzburg 6000.

Zuschuß erhielten vom 1. Dezember 1922 bis 6. Januar 1923 die örtlichen Verwaltungen: Aachen 5000 M., Altdingen \*707,60, Augustwalde 4500, Bad Nauheim 1000, Bergedorf \*182, Bochum \*45, Bruck \*344,50, Briel 14 000, Burg \*60, Köln \*116, Cottbus \*67,30, Cuxhaven 3000, Dahau \*153, Dödenhuben \*1352, Elbing 3000, Festenberg \*3760,10, Flensburg \*4602, Fürth \*17 567, Groß-Flottbeck \*260, Groß-Wolkern 1000, Gomborn 2000, Hamburg II \*10 900, Heilbronn 4000, \*121, Lehnin \*45, Lindenberg 3300, \*45, Lößnitz 18 740, \*1094,40, Meissen \*838,30, München \*546, Nordenham \*130, Pöllwaken \*18 954,80, Pinneberg \*7780, Pirmasens 900, Regenswalde 1200, Reichshagen \*2546, Rothenburg \*1706,25, Schlaben 5000, Schöneberg \*56, Schweinfurt 7000, Stargard \*45, Sulingen 10 000, Wölln \*754, Würzburg \*1521.

Die mit einem \* bezeichneten Zuschüsse sind von der Hauptkasse für die Verwaltungen bezahlte Rechnungen.

**Achtung, Kassierer!**

Um den Jahresbericht rechtzeitig fertigzustellen, werden die Ortsverwaltungen ersucht, die Abrechnungen umgehend einzufenden.

In letzter Zeit mußte von seiten der Hauptkasse viel Strafpapier gezahlt werden. Die Kassierer werden deshalb ersucht, in Zweifelsfällen zunächst bei der Post anzufragen.

Die Abrechnungen und die dazu gehörenden Belege können als Geschäftspapiere gefandt werden. Die Umschläge dürfen dann aber nicht zugeklebt, sondern müssen mit einer Klammer geschlossen sein.

Die Wochenhilfe wird nur von der Hauptkasse geregelt und sind die hierzu erforderlichen Formulare rechtzeitig von dieser zu fordern. Neben der Wochenhilfe darf kein Krankengeld gezahlt werden. Beiträge für den Unterstützungsfonds dürfen nicht in den Abrechnungen verrechnet werden, auch sind diese nicht auf Zahlkarten, sondern durch Einsenden von Briefmarken oder Papiergeld zu erledigen.

Die Kassierer werden nochmals ersucht, die überschüssigen Gelder, um diese zum Vorteil der Kasse zinstragend zu belegen, an die Hauptkasse zu senden.

Arbeitslose Mitglieder der Abteilung A erhalten auf Antrag neben der Erwerbslosenunterstützung auch die Krankentassenbeiträge von den Arbeitsämtern.

Der Vorstand.

**Versammlungsanzeiger.**

Donnerstag, den 25. Januar:

Brandenburg: Im Volkshaus.

Freitag, den 27. Januar:

Grimmen: Abends 7 Uhr bei Gierke, Norderhinterstraße. — Schönebeck: Abends 7½ Uhr in der „Bayerischen Bierhalle“.

Sonntag, den 28. Januar:

Arnswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Buer: Vormittags 9 Uhr bei Hahloch, Gagenstraße. — Crefeld: Vorm. 10 Uhr bei Carl Jungermann, Breitestraße, Ecke Dreißigenerstraße. — Detmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagescheistraße. — Jülich: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus („Felsbräu“). — Neu-Ruppin: Nachm. 3 Uhr im Volkshaus.

**Anzeigen.**

**Nachruf.**

Am 29. Dezember starb an Herzmuskelentartung unser Kamerad **Gustav Plewe** im Alter von 61 Jahren.

Am 5. Januar starb an Unterleibstypus unser Kamerad **Richard Herfert** (Bezirk 19) im Alter von 56 Jahren.

Ferner starb am gleichen Tage unser Kamerad **Ambrosius Behr** (Bezirk 2) an Speiseröhrentrebs im Alter von 63 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen **Die Kameraden der Zahlstelle Berlin und Umg.**

**Nachruf.**

Am 3. Januar starb infolge Anfalles unser Kamerad, der Lehrling **Ludwig Atzinger** im Alter von 21 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Kameraden der Zahlstelle Worum.**

**Achtung! Zahlstelle Guben.**

Die Zahlstelle hat im Gewerkschaftshaus, Langestr. 4, ein Bureau eingerichtet. Sprechstunden finden nur jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags von 4 bis 5 Uhr, statt. In diesen Tagen wird auch Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ausgezahlt.

Der Vorstand.

**Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen und Umgebung.**

Sonntag, den 28. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus, P. 4. 4/5, unsere Zahlstellenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Rassenbericht vom 3. Quartal 1922. 3. Jahresbericht. 4. Ursachen und Lehren des Anilinstreiks. 5. Lohn- und Tarifbewegung. 6. Anträge. 7. Verschiedenes. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung, hauptsächlich des Jahresberichts, ist es unbedingte Pflicht der Delegierten aus allen Bezirken, an dieser Zahlstellenversammlung teilzunehmen. Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch sowie der den Delegierten zugehende Ausweis.

Die Verwaltung.

**Achtung! Zahlstelle Neuhaßensleben.**

Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung bei W. Herzog. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht!

Der Vorstand.

**Ein unverheirateter Zimmerpolier**

der Treppenbau und Schiften selbständig ausführen kann, wird bei dauernder Stellung sofort gesucht.

Baugeschäft **H. Köppen**, Pöthen i. b. Uckermark.

Fremde Zimmerer **Hans Horzek** und **Max Rombach** senden Cure Adressen an **Karl Schubert**, fremder Zimmerer, Kraftwerk Fortuna II, Firma **Ronnert & Korinthenberg**, Post **Quadrath**, Bezirk **Köln**, Kreis **Bergheim-Erf.**

**Philipp Klink**, Zimmerer aus Algesheim, sende Deine Adresse an **Luise B.**, früher Trier, jetzt **Hannover**, Wiesenstr. 39, beim Zimmerer **K. Strohdach**.